

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 83.
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 2.40 M., bei Postbezug 2.40 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: m. „Aus großer Zeit“ 45 Pf. mehr. Preis der 1. Spalte. Kleinzeile f. Stadt u. Landkreis Herford, Deynhaußen u. Amt Rehme 20 Pf. sonst 30 Pf. Anzeigen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford

Ämlicher Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 18

Herford, Dienstag, den 22. Januar

1918

702000 B. M. T. im Dezember.
2258000 B. M. T. insgesamt.

Wb. Berlin, 21. Jan. Durch kriegs-
rische Maßnahmen der Mittelmächte sind
im Monat Dezember 1917
insgesamt 702000

Bruttoregistertonnen

des für unsere Feinde nutzbaren Handels-
schiffraumes vernichtet worden. Damit
erhöhen sich die bisherigen Erfolge des
uneingeschränkten U-Bootkrieges auf
8958000 Bruttoregistertonnen.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Wb. Berlin, 20. Jan. (Ämtlich.) Im westlichen
Teil des Ostpreussens am England flüchten unsere tapferen
südlichen U-Boote den Gegnern einen Verlust von 19000
Bruttoregistertonnen Handelschiffraum zu. Die Mehr-
zahl der Schiffe wurden im Kermel- und St. Georgskanal
unter starker feindlicher Gegenwehr vernichtet. Unter
den Schiffen befanden sich drei größere Dampfer von über
4000 Tonnen. Ein Schiff konnte als der englische
Dampfer „Kormoran“, der mit Kohlen nach Afrika unter-
wegs war, festgestellt werden.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Wb. Berlin, 22. Jan. (Ämtlich.) Neue U-Boots-
erfolge auf dem Norddeutschen Kriegsschauplatz: 22000
Bruttoregistertonnen. Unter den versenkten Schiffen,
von denen die Mehrzahl tief beladen und bewaffnet war,
konnte der beladene französische Dampfer „Magellan“
(8265 T.) mit Salpetermineralien nach Frankreich
festgestellt werden. Unter den übrigen versenkten
Schiffen befanden sich 2 größere englische Dampfer.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

**Flandern bezieht seine
politische Selbstständigkeit.**

Wb. Brüssel, 21. Jan. Das zentralflämische
Presbiterium veröffentlicht folgende Mitteilung des Rates
von Flandern: Entsprechend dem in seinen ersten Rund-
schreiben vor Jahresfrist aufgestellten Ziel hat der Rat
von Flandern in seiner allgemeinen Versammlung vom
22. Dezember 1917 feierlich einstimmig in Flandern volle
Selbstständigkeit beschlossen. Im Verfolg dieser Erklärung
legt der Rat von Flandern sein ihm von der flämischen
Landesversammlung vom 4. Februar 1917 übertragenes Mandat
nieder. Er wird sich einer Neuwahl unterziehen, die dem
flämischen Volke Gelegenheit geben soll, seinen Willen
zu dieser Selbstbestimmung des Rates kundzugeben. Kom-
mission der Bevollmächtigten: Professor Dr. P. Toca
Brux., Professor A. L. M. Jansz, Professor A. Heydrich,
Professor I. Bernheime, Professor Dr. J. de Veder,
der Herr, Dr. Aug. Vermeir und Professor J. Brunz.

England und Finnland.

Wb. Stockholm, 22. Jan. (Verpöblich.) Englands
Weigerung, die Unabhängigkeit Finnlands anzuerkennen,
kommt den hiesigen politischen Kreisen nicht überraschend
und interessiert besonders als Vorzeichen für das, was
von England auch gegenüber den sonstigen von Russland
freigeordneten Nationen zu erwarten ist. Besonders
lebhaft wird die englische Antwort von den finnischen
Kreisen besprochen.

Wb. Stockholm, 22. Jan. Der finnische Senat
legte einen Antrag für Außenhandel ein und beauf-
tragte ihn mit der Ausarbeitung von Richtlinien für die
künftige Handelspolitik. In Stockholm treffen täglich
finnische Geschäftsleute ein. Die Ausarbeitung von Ver-
trägen soll sobald als möglich erfolgen, um die Handels-
beziehungen aufzunehmen. Die Stockholmser einseitige
finnische Selbstbestimmung erteilt Pässe nach Finnland. Der
Handelsverkehr zwischen Deutschland und Finnland dürfte
bald in Gang kommen, sobald die zwischen beiden
Regierungen schwebenden formalen Fragen erledigt sind.

Neue Arruren in Petersburg.

Wb. Luga, 22. Jan. Aus Petersburg einge-
kommene Sondertelegramme des „Secolo“ und des „Cor-
riere della Sera“ berichten von blutigen Schlächten in
Petersburg und von darauf folgenden Massenverhaf-

tungen. Nach der Öffnung der Konstituante entspannen
sich heftige Debatten über die Friedensverhandlungen.
Der zwischen Lenin und Trotski ausgebrochene Konflikt
soll ausgeglichen werden.

Wb. Stockholm, 22. Jan. Der „Nytid“, der in
einem stark verminderten Format erscheint, enthält die
Mitteilung, daß der „Nytid“ und die meisten anderen
Tageszeitungen vorübergehend nicht mehr erscheinen.
Wegen Mangels an elektrischem Strom haben eine An-
zahl von Druckereien den Betrieb stillgelegt.

Wb. Amsterdam, 21. Jan. (Verpöblich.) Aus der
„Kustaja Wiedomosti“ entnehmen die „Times“
Beispiele von Gewalttätigkeiten, mit denen angeblich die
Bolschewisten bei den Wahlen zur verfassunggebenden
Versammlung zu Werke gegangen seien. Im Bezirk
Kozlow seien bolschewistische Soldaten in die Häuser
gedrungen und hätten gedroht, jeden zu ermorden, der
gegen die bolschewistische Kandidatur stimmen würde.

Wb. Berlin, 21. Jan. Schweizer Blätter melden:
Wie der Korrespondent der „Daily News“ in Petersburg
berichtet, scheint sich dort eine anti-marxistische Er-
hebung vorzubereiten. Die Kommission der Bolschewisten
für die Sicherung der Hauptstadt hat eine Proklamation
erlassen, in der sie mittelst, es sei ein Komplott entdeckt
worden mit dem Zweck, die Autorität der Sowjets zu
sprengen. Es sollen sich Krenski und Sawinski an der
Spitze des Komplotts befinden und sich in Petersburg
versteckt halten.

Wb. Berlin, 21. Jan. Der Petersburger Korrespon-
dent des „Corriere della Sera“ meldet: In der Nacht
zum Freitag wurden Hunderte von Verhaftungen vorge-
nommen. Am Freitagvormittag gegen 11 Uhr begannen
in verschiedenen Stadtteilen Straßenkämpfe mit Ge-
weh- und Maschinengewehrfeuer. Man errichtete
Barrikaden. Anfanglich hatte der Kampf den Charakter
eines ungeordneten Zusammenstoßes verschiedener Partei-
gruppen. Es gab bereits eine Anzahl Tote und viele
Verwundete. Später nahm die Heftigkeit des Kampfes
zu. Die Kolonnen der sozial-revolutionären Arbeiter,
die zu Gunsten der konstituierenden Versammlung demon-
strieren, werden von den Leninisten mit Salvenfeuer
aus Gewehren und Bombenwürfen von den Dächern an-
gegriffen.

Wb. Genf, 21. Jan. Die „Times“ meldet aus Peters-
burg: Die Panzer von Petersburg erhalten den Befehl
der Regierung, rumänische Anwesenheiten nicht mehr aus-
zugeben.

Die Rumänen verlassen fluchtartig Petersburg. Die
Intervention der Verbündeten wurde von Lenin
zurückgewiesen.

Wb. Kopenhagen, 21. Jan. Von besonderer
Seite in Petersburg wird folgendes mitgeteilt: Die rus-
sischen Anarchisten sind zwar seit der Revolution still,
aber sie haben eine heimliche sehr wirkungsvolle Werbe-
arbeit entfaltet. Die Bauernschaft der nördlichen in-
ner-russischen Wolga-Gouvernements soll warme Gefühle
für das Kaiserhaus hegen. Es herrscht Mißstimmung
über Trotskis Haltung, welche bürgerliche Kreise als un-
würdig bezeichnen. Tatsächlich sind heute alle russischen
Parteien für den Frieden, nur die bolschewistischen Ver-
handlungsmänner werden verurteilt. Das gelegentliche
Säbelgerassel der Bolschewisten, dem die Stoskraft fehlt,
erregt starke Mißstimmung. Der Eisenbahnerverband
meldet von der Südrussland, daß die Soldaten aus den
Armeekorps desertieren. In Petersburg selbst ist die
Versorgung wieder ganz schlecht. Seit einer Woche wird
auf den verschiedenen Straßen geschossen und die Ge-
schäfte werden geplündert. Alles deutet darauf hin, daß
dennoch, ob mit oder ohne die Reichsversammlung,
schwerwiegende Ereignisse bevorstehen.

Stockholm, 18. Jan. Die Petersburger Telegraphen-
Agentur veröffentlicht jetzt, wie „Social-Demokraten“ be-
richtet, weitere Einzelheiten über die Besatzungsgelder,
die die zaristische Regierung an Politiker und Journa-
listen gezahlt hat. Das auf die Besatzungen in Ru-
mänien bezügliche Schriftstück enthält Telegramme, die
zwischen dem russischen Gesandten in Bukarest, Polowski
und dem Minister des Auswärtigen gewechselt worden sind.

Als Hauptgrund für die Besetzung der rumänischen
Presse figurieren der jetzige rumänische Minister Lascu
Jonescu. In einem Telegramm vom 12. März 1916
fordert Polowski die Ermächtigung, Lascu Jonescu eine
Unterstützung von 250.000 (Rubel?) für die Zeitung
„Unibersul“ zu zahlen, verteilt auf einen Zeitraum von
7 Jahren. Am 17. März stimmt das Ministerium des
Auswärtigen zu. Am 13. Juni 1916 spricht Polowski seine
Absicht aus, 50.000 Rubel an die „Romanian“, Lascu
Jonescus französisches Organ, dessen Direktor diese
Unterstützung begehrt habe zu zahlen. Am 25. Mai 1916
erklärte Polowski, im Augenblick sah er es für ge-
nügung an, einen neuen Kredit von 100.000 Rubel zu
bewilligen, um die Zeitungen „Adevărul“, „Unibersul“,
„Domenia“ und „Nationalul“ zu unterstützen. In
Alten über den Konteradmiral Besoffin, einen anderen

Agenten der zaristischen Korruption in Rumänien, finden
sich Angaben über weitere Ausgaben, unter anderem
zur Gründung der Zeitung „Patria“ in Bukarest.

Bericht des Hauptquartiers.

Wb. Großes Hauptquartier, 21. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nordöstlich und östlich von Ipern, sowie an der Front
von Lens bis Epehy hielt geistigste Artillerietätigkeit an.
Südlich von Vendenhoille blieben bei Abwehr eines eng-
lischen Vorstoßes Gefangene in unserer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In einzelnen Abschnitten in der Champagne und zu
beiden Seiten der Maas Kampftätigkeit der Artillerien.
Nordwestlich von Reims und in den Argonnen hatten
kleinere Unternehmungen unserer Erkundungsabtei-
lungen Erfolg.

In den beiden letzten Tagen wurden 11 feindliche
Flugzeuge und ein Zersplitterball abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Zwischen Bardar und Doiran-See lebte das Ar-
tilleriefeuer zeitweilig auf. In der Struma-Ebene kam
es mehrfach zu Vorstoßkämpfen, die für die Bulgaren er-
folgreich verliefen.

Italienische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

Wb. Berlin, 21. Jan. Von den Kriegsschauplätzen
nichts Neues.

Der Wiener Bericht.

Wien, 21. Jan. Ämtlich wird gemeldet: Keine be-
sonderen Ereignisse. Der Chef des Generalstabes.

**Der österreichische Reichsrat über
Brest-Litowsk.**

Während der Hauptansatz des deutschen
Reichstages die allgemeine politische Debatte im-
mer wieder verschob, hat der Budgetausschuß des
österreichischen Reichsrats am Donnerstag und
Freitag sich sehr gründlich mit den Friedensver-
handlungen in Brest-Litowsk befaßt. Zur Beur-
teilung der Vorgänge im verbündeten Land seien
hier zu Ergänzung der telegraphischen Meldungen
einige der wichtigsten Reden kurz wiedergegeben.

Am Donnerstag sprach zunächst der Führer
der österreichischen Sozialdemokratie deutscher
Junge, Dr. Viktor Adler, der mit außerordentlicher
Scharfe den Standpunkt vertrat, daß der Friede
durch Fragen des Prestiges, durch Fragen von Zu-
kunftsplänen nicht hinausgeschoben werden dürfe.
Die Verhandlungen in Brest-Litowsk seien in
einem Ton und in einer Art geführt worden, von
der man sagen müsse, so macht man keinen Frieden.
Unter Ausfällen auf General Hoffmann, der mit
dem Säbel geraffelt habe, erklärte der Redner: Bei
der Politik ist weder das österreichische noch das
deutsche Oberkommando notwendig. In allen
Bölkern und selbst bei jenen Staatsmännern der
Entente, die am meisten gewohnt sind durch auf-
gelegte Reden das Kriegsfeuer zu unterhalten, ist
das Bewußtsein lebendig, daß der Krieg nicht fort-
gehen könne und zu Ende gebracht werden müsse.
(Dr. Kolischer: Bei Lloyd George sieht man das
nicht!) Der Redner schloß mit der Aufforderung,
daß die Regierung alles tue, um einen dauernden
allgemeinen Frieden herbeizuführen.

In ähnlichem Sinn war die Rede des Abgeord-
neten Zentler (Deutschliberal) gehalten, der u. a.
sagte: Das Völkertum will ebenso wie die deutsche
Arbeiterschaft lediglich einen Frieden ohne An-
nektionen und würde sich gegen ein Scheitern der
Verhandlungen mit allen Mitteln stellen. Ich
warne die Regierung, heute eine Klaffe gegen die

andere auszuspielen. Das deutsche Völkertum hat
nicht die Absicht, für den Gewinn von Riga den
Krieg auch nur einen halben Tag weiterzuführen.
Die Zugehörigkeit der Ostprovinzen zu Preußen
ist auch für das deutsche Völkertum kein Kriegsziel.

Am folgenden Tag war das namentlich der Ab-
geordnete Seitz (Soz.), der an den Verhandlungen
in Brest-Litowsk Kritik übte. Die Sozialdemokra-
ten verlangen von der österreichischen Regierung
eine klare und deutliche Erklärung, daß sie wegen
Polens die Verhandlungen nicht werde scheitern
lassen. Ihr Vertrauen in die Kraft des Grafen
Czernin, den Einflüssen der deutschen Konser-
vativen und Junker, der deutschen Amerikaner,
Widerstand zu leisten, beginne zu schwanken. Die
Sozialdemokraten haben die Bewegung in den
Massen der Industriearbeiter nicht angezettelt und
nicht in die Wege geleitet, die Bewegung ist ein
spontaner Ausbruch des Willens der Volksmassen,
ausgelöst durch die Schwierigkeiten in der Ernäh-
rung, aber verursacht durch die Erschütterung des
Vertrauens auf einen raschen Abschluß der Ver-
handlungen mit Russland. Wer glaubt, daß man
noch warten kann, der irrte. Die Sozialdemokra-
ten wissen, daß nach einem Abschluß des Friedens
mit Russland noch viel Schwierigkeiten zu über-
winden sein werden, sie wissen aber auch, daß dieser
Friede die erste Stufe auf dem Wege zum all-
gemeinen Frieden ist.

Der Minister des Innern, Graf Tegenburg,
gab in seiner Erwiderung eine Charakteristik des
Grafen Czernin, die besonders bemerkenswert war:
Wir haben das große Glück in dieser Zeit einen
Minister des Auswärtigen zu haben, der, wenn er ob-
jektiv beurteilt wird, Vertrauen erwecken muß. Sie
glauben es als eine Schwierigkeit bezeichnen zu
sollen, daß bei den Friedensverhandlungen in
Brest-Litowsk ein Gegenspieler, der zufällig auch
ein Graf ist, einem Volksmann vom Typus des
Trotski gegenübersteht. Ich habe leider nicht die
Chre, Trotski zu kennen. Ich kenne ihn nur nach
den Schilderungen der Herren Sozialdemokraten
und im übrigen nach den Schilderungen der Zeit-
ungen. Ich kann mir aber doch vielleicht ein
Bild von ihm machen. Dafür kenne ich aber den
Grafen Czernin ziemlich genau, und es klingt viel-
leicht paradox, aber ich kann Ihnen nach meiner
vollsten Überzeugung sagen, daß Graf Czernin und
Trotski viele Ähnlichkeiten aufweisen, und daß
gerade dieser Zufall, daß sich dort zwei ähnliche
Menschen gegenüberstehen, eine Bürgschaft dafür
bietet, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk
gut gehen werden. Sie sagen, daß Trotski nicht
einen Moment zögern würde, wieder als Schiffs-
junge in die Welt hinauszuweichen, irgendwo als
Sträfling zu enden oder vielleicht in einer noch
schlimmeren Form. Ganz das Gleiche gilt — das
kann ich Ihnen sagen — vom Grafen Czernin.
Graf Czernin ist ein Mensch, der von seiner Über-
zeugung nicht einen Schritt abweicht, wenn es ihm
seine ganzen Stellungen kostet, wenn es ihm auch
zum Bettler macht. Das ist ihm ganz gleichgültig.
Er geht seinen geraden Weg, er ist eine der härte-
sten und konsequentesten Naturen, der ich je be-
gegnet bin. Er hängt so gar nicht an überlieferten,
vielleicht feudalen Ansichten oder dergleichen, daß
er mit sehr vielen Erzählungen und so manchem
Grafen in einem ganz essentiellen Widerspruch steht.

Wb. Wien, 21. Jan. Bei einer Beratung einer Ab-
ordnung der Arbeiterschaft mit der Regierung im Ab-
geordnetenhaus erklärte der Ministerpräsident von
Seidler, es sei der christliche Wunsch des Kaisers, so
bald als möglich den Krieg durch einen ehrenvollen Friede
den zu beenden. In 3. Jt. nur ein Sonderfrieden mit
Russland möglich, so fällt die Verantwortung dafür auf
die Ententemächte, die all die wiederholten Friedens-
angebote der Mittelmächte ausgeschlagen haben. Dessen
ungeachtet halte die Regierung an dem Ziele eines mög-
lichst allgemeinen Friedens fest. Internationale Verein-
barungen über Abrüstung und Schiedsgerichte bieten
dazu nach ihrer Überzeugung die geeignetste Grundlage.
Da keine territorialen Erwerbungen auf Russlands
Kosten von der R. und A. Regierung angestrebt werden,
werden daran auch die Friedensverhandlungen nicht
scheitern. Der Bevölkerung Polens werde es überlassen
bleiben, durch Volksabstimmung auf breiter Grundlage
ihre staatliche Ordnung zu regeln, am besten durch eine
auf breiter Grundlage gewählte konstituierende Ver-

Sammlung, deren Entscheidung in voller Freiheit und ohne Beeinträchtigung durch die Okkupationsbehörden erfolgen soll. Die Forderung der russischen Regierung nach Räumung der besetzten Gebiete mußte die R. und L. Regierung allerdings ablehnen, weil bei der Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten und angesichts der noch nicht geklärten Verhältnisse Russlands diese Gebiete nicht ohne Gefährdung der militärischen Interessen geräumt werden können. Doch wurde bei gutem Willen auf beiden Seiten sicherlich ein Kompromiß mit der russischen Regierung gefunden werden können.

II. Berlin, 21. Jan. Privatnachrichten, die über die Lage in Wien hier eingetroffen sind, besagen, daß die Lage sich dort wesentlich gebessert hätte. Es heißt, daß die dortigen Zeitungen, die in den letzten Tagen nicht gedruckt worden waren, jetzt wieder erscheinen. Auch wird berichtet, daß der größte Teil der streikenden Arbeiterschaft die Arbeit wieder aufgenommen hat. Die Stimmung beruhigt sich zusehends.

Die Streiks in Oesterreich beigelegt.

Wien, 21. Jan. Die gemeldeten Streiks in Wien und anderen Städten Oesterreichs sind nach kurzer Dauer durch eine Verständigung mit den Arbeitern über deren Forderungen beigelegt worden. Die Arbeit wurde heute morgen in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Wirtschaftliche Nöte Italiens.

Im „Petit Parisien“ gibt Luigi Campolunghi eine ebenso offene wie interessante Schilderung der gegenwärtigen Zustände in Italien, wo nach vor einem Jahre der Krieg fast gar keine nach außen sichtbare Einschränkungen auferlegt hatte. Heute sind die Straßen der größten Städte wenig belebt, viele Theater, darunter auch die „Scala“ in Mailand, wurden geschlossen, die Polizeistunde eingeführt. Wirtschaftlich ist die Lage recht mangelhaft. Das Getreide ist knapp, Reis fast nicht mehr erhältlich, der Zucker fehlt, und alle dringend notwendigen Lebensmittel werden nur noch gegen harte Verabfolgung. Die Kohlenkrise ist besonders unerträglich. Man hat bisher alles versucht, um sie zu bekämpfen, allerdings nicht immer mit Erfolg. In Privatwohnungen wird nicht mehr geheizt, die elektrische Energie wurde reduziert, in den Großstädten wird das Gas nur noch einige Stunden im Tage geliefert, in den kleinen mangelt es bereits vollständig. Die Züge werden nur während der Nacht gefahren und auch dann schlecht. Die Schnellzüge wurden aufgehoben, außer dem Turin-Mailand-Rom-Zug. Trotz alledem ist die Kohle so knapp, daß die Fabriken in der Nacht stillstehen oder gänzlich schließen müssen. Mangel an Benzin dürfen Privatautomobile nicht mehr vorfahren, die Taxibefahrer nur noch von Männern und nur für je eine Stunde im Tag benutzt werden. Der Verkehr ist auch schlecht (67—69 nach französischer Devisenrechnung), so daß die finanzielle Lage der wirtschaftlichen im allgemeinen gleichkommt.

Wien, 21. Jan. „Labour Gazette“ zufolge erhielten die 4.700.000 Arbeiter der Hauptindustrien Englands 1917 Lohnsteigerungen von insgesamt 2.200.000 Pfund Sterling die Woche. Die Kleinverlöhne der Hauptstädte haben sich während des Krieges mehr als verdoppelt. Die ehemalige Kaufkraft eines Pfund Sterling kommt jetzt der gleich, die früher 2 Shilling hatten. Die Kosten des Lebensunterhaltes der Arbeiterfamilie nahmen während des Krieges um 85 Prozent zu.

Stephan, der Schmied.

Novelle von Ernst Zahn.

Als Vinzenz, das Mädchen, gleich darauf mit Stimmen hinwegschritt, sah sie sich mehrmals nach dem Burtschen um; sie hatte noch keinen gesehen wie den.

Stephan Fausch hantierte noch in und bei der Werkstatt, und Kain stand dabei. Seine Augen waren von Sorglosigkeit und Freudegroß, die Brust dehnte sich ihm. Einmal begann er zu singen. Dann mahnte er den Vater wieder: „Kommt jetzt, die Milch wartet.“

Als sie sich anschickten, durch die offene Tür, die neben der Werkstatt sich befand, ins Haus zu treten, sah er sich noch einmal mit einem weiten Blick um. „Schön ist es hier“, sagte er. Und Stephan Fausch tat wie er, nur sprach er nicht; seine Worte waren zu kostbar. Dann traten sie zusammen ins Haus.

Von diesem Morgen an lebten sie sich ein und hatten keine Mühe, es zu tun. Fausch fand reichlich Arbeit. Auf dem Hofplatz war ein fast unaussprechliches Kommen und Gehen von Reisenden zu Fuß und zu Wagen, von Säumerkarawanen und von Händlern. Ihrer viele bedurften für Tier oder Wagen die Hilfe des Schmieds. Häufigerweise zog lange kein Bekannter die Straße. Selbst Hallheimer blieb aus, und als sowohl Stimmen wie Fausch sich zu wundern begannen, warum er nicht kam, meldete ein Brief dem Schmied, daß eine schwere Krankheit den Händler zu Hause halte, so daß nicht nur seine Beschländereien hatten unterbleiben müssen, sondern auch die Hallheimer Schmiede noch unverkauft geblieben war, da er sich der Sache nicht hatte annehmen können. Weil aber kein bekanntes Gesicht sie an die Hallheimer Zeit erinnerte, verwarf sie sich bei Fausch wie bei seinem Buben unmerklich die Erinnerung an das,

Niedrige Rüstungsvermehrung Japans.

II. Bern, 21. Jan. Der „Temps“ meldet aus Tokio: Die Militärbehörden haben eine ungeheure Rüstungsaufstellung. Der Bestand der japanischen Armee soll auf 25 Armeekorps (Friedensstärke) erhöht werden. Jedes Korps wird aus zwei Divisionen zusammengefaßt sein. Jede Division hat drei Regimenter. Die japanische Armee würde also von nun an 50 Divisionen (150 Regimenter) zählen. Gegenwärtig besteht die Armee aus 21 Divisionen (Friedensstärke).

Lord Robert Cecil in Genf.

II. Genf, 22. Jan. Lord Robert Cecil ist mittels Sonderzuges mit zahlreichem Gefolge hier eingetroffen und im Hotel „Savoy“ abgestiegen.

Abgeordnetenhaus.

Dadurch, daß die Wahlrechtsverträge einen wesentlichen Teil des Beratungskörpers für die Staatsberatung vorweggenommen hatte, verlief die diesjährige Beratung des Staats im preussischen Abgeordnetenhaus unter weniger Interesse als in früheren Jahren. Die erste Sitzung des Staats, die am Sonnabend begann, wandte sich zum größten Teil den Kriegszielefragen zu, und die Vorgänge in Brest-Litowsk spielten erheblich mit hinein. In der Sitzung vom Montag benutzte der polnische Abgeordnete von Trampozinski die Gelegenheit, um für die polnische Frage in unserer Schmach an ein internationales Schiedsgericht zu appellieren und auf internationalen Wege den Schutz der nationalen Minderheiten zu regeln. Der Minister des Innern trat dem polnischen Redner sehr energisch entgegen und wies jede Einmischung in die deutschen Angelegenheiten ab. Jede Autonomie der polnischen Bevölkerungsteile innerhalb Preußens erklärte er für indiskutierbar, aber er stellte den Polen eine wohlwollende Berücksichtigung ihrer Wünsche in kulturellen Fragen in Aussicht, falls von polnischer Seite Gegenseitigkeit eintrete und ein fester Zusammenhang mit dem deutschen Volk aufrecht erhalten würde. Dann konterkarierte Abg. Goesch kam es darauf an, unsere Unterhändler in Brest-Litowsk darauf hinzuweisen, daß sie ja nicht die nötigen Vollmachten beim Abschluß eines

Friedens verpächten. Der fortschrittliche Abg. Dr. Frenzel nahm zu den Friedensverhandlungen den richtigen Standpunkt ein, indem er die Einmischung des preussischen Abgeordnetenhauses nicht für notwendig hielt, sondern das Vertrauen zu unsern Unterhändlern äußerte, daß sie ihre Aufgabe ohne Wunschgetriebe des preussischen Abgeordnetenhauses so lösen würden, wie es die Ehre und Würde Deutschlands erfordert. Dann trat der fortschrittliche Redner sehr nachdrücklich für eine ausreichende Unterstützung unserer Landwirtschaft ein, die sie stark machen soll bei ihrer Produktion. Der Landwirtschaftsminister von Eickenhartz-Reiche erkannte die großen Leistungen der deutschen Landwirtschaft während des Krieges an und sagte zu, daß sie jede Förderung erfahren solle. Sehr bemerkenswert war eine Rede des weit rechtsstehenden Sozialdemokraten Haenisch, die diesem in eine sehr laubhafte Auseinandersetzung mit den unabhängigen Sozialdemokraten brachte. Herr Haenisch ging in vielen Fällen seiner Darlegung der Kriegsziele so weit, daß er die Zustimmung der Nationalliberalen fand, und es ist jedenfalls auffällig von einem Sozialdemokraten, daß er das Bestreben zum Selbstbestimmungsrecht ablehnte. Er erklärte, daß auf diese Weise kein guter Frieden zu schließen wäre. Haenisch fügte hinzu, daß er in dieser wie in anderen Kriegszielefragen für seine eigene Person spräche. Das mag richtig sein, denn seine Ausführungen unterschieden sich sehr wesentlich von denen, die man von der Scheidemann-Richtung im Reichstage gehört hat.

Das Selbstbestimmungsrecht.

In Petersburg üben sich die Maximalisten auf eine besondere, von ihnen bevorzugte Weise in der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts: mit Bajonetten haben sie die Konstante auseinandergeragt. Man kann nicht gerade sagen, daß solche Methode besonders demokratisch anmutet; sie riecht einigermassen nach Diktatur und würde dem Zarismus nicht übel gestanden haben. Wenn die Herren Maximalisten das Selbstbestimmungsrecht aller Völker in Frage kommenden Körperlichkeiten so achten, wie sie das der verfassungsgemäßen Versammlung geachtet haben, so können sie sich eigentlich künftighin auch durch den wildesten Anarchismus nicht beleidigt fühlen. So wie sie mit ihren eigenen Völkern in Petersburg verfahren sind, werden die Mittelmächte ganz gewiß



Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Trotski auf der Fahrt zur Sitzung.

mit keinen der Landesteile umgehen, um die Herr Trotski mit so feuriger Dialektik in Brest-Litowsk gestritten hat. Und gerade die Brutalität, deren sich die Maximalisten gegenüber der Konstante fähig gezeigt haben und für die sie nun dauernd die schlagendsten, ja sogar die tödlichsten Beweise liefern, rechtfertigt auf das Beste den Entschluß der Mittelmächte, die Landesteile, um die es sich bei dem Streit von Brest-Litowsk handelt, nicht ohne weiteres wieder in die Gewalt Russlands zurückzugeben, sondern dafür Sorge zu tragen, daß diese Völker sich frei entscheiden können, wozu sie künftighin gehören wollen. Die Freiheit der Bolschewiki ist zu zweideutig, als daß unsererseits nicht mit weitgreifenden Sicherungen gearbeitet werden müßte.

Daß andererseits gerade wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker in einer Weise, die politische Frucht bringt, respektieren, zeigen die Fortschritte, die unsere Verhandlungen mit den Ukrainern aufweisen. Die Ukrainer haben eingeschrieben, daß sie zu uns Vertrauen haben können, und wir dürfen es uns selbst bestätigen, daß tatsächlich gegenüber der Ukraine nichts getan haben, was solches Vertrauen hätte gefährden können. So haben sich denn die Beziehungen zwischen uns und der Ukraine gerade während der letzten Verhandlungstage sehr angenehm gestaltet, und es besteht berechtigter Anspruch, daß ein alle Beteiligten befriedigender Ausgleich gefunden werden wird. Daß auch hier mannigfache Schwierigkeiten zu überwinden waren und einige Fragen erst noch gelöst werden müssen, ist selbstverständlich; wenn aber nicht alles klappt, so wird es gelingen, zwischen der Ukraine und den Mittelmächten nicht nur einen dauernden Frieden, sondern auch die Wiederherstellung ausgiebiger Handelsbeziehungen und einen vollkommenen Austausch der kulturellen Güter herbeizuführen. Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir annehmen, daß durch den etwaigen Friedensschluß zwischen der Ukraine und den Mittelmächten das Selbstbestimmungsrecht sowohl der auf österreichischem Gebiet lebenden Ukrainer als auch der auf ukrainischem Gebiet lebenden Polen vollständig gewahrt werden wird, freilich in einer Form, die in vollkommener Weise den staatlichen Zusammenhang sowohl der Ukraine wie den der österreichisch-ungarischen Monarchie respektiert. Ist es soweit, so werden sich gewisse Ärbungen, von denen wir während der letzten Tage hörten, daß sie sich in Oesterreich und in Ungarn bemerkbar gemacht haben, gewiß schnell klären, besonders, wenn etwa ungebührlich gewordene Volksteile dadurch erfahren werden, daß auch das politische Selbstbestimmungsrecht gewisse Grenzen findet, nämlich die der Zweckmäßigkeit und des ruhigen Behaltens bei der Abwicklung groß angelegter Pläne. Es wäre eine falsche Auslegung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wenn man es mit nervöser Willkür und anglistischer Schwäche verwechseln wollte. Auch darf nicht übersehen werden, daß alles Selbstbestimmungsrecht seine unbedingten Grenzen findet an den Erfordernissen einer etwaigen Koalition, durch deren Bindung man offenbare Vorteile, und zwar keine geringen, erreichen konnte. Schließlich ist auch das Selbstbestimmungsrecht ein Gut, das nur dann Nutzen schafft, wenn es mit weitsichtiger Veranft und erwogender Klugheit angewandt wird.

Dies gilt nicht zuletzt für die preussischen Konservativen und deren national-liberalen Anhang. Gewiß haben auch die bisherigen Herren Preußen das Recht der Selbst-

mäßig dieser Stube ganz ihre Dienste zuwenden. Viele Augen hingen an ihnen. Sie bekamen viel freundliches Zuhören zu sehen und gute Worte zu hören, und weil beides ihnen gemeinsam zufließ, entstand, ihnen unbewußt, zwischen ihnen eine Zusammengehörigkeit, die sich nicht nur auf ihre Arbeit in der Gaststube beschränkte. Sie begannen nach getanem Tagewerk plaudernd beisammensitzend, dann ließ die Vinzenz einmal mit zur Katharina hinüber, an die sie sich anfreundete. Ein paar Tage später brachte ihr Kain ein Buch, das ihm aus seiner eignen Schulzeit geblieben. Als er aber sah, daß sie im Lesen wenig Übung und darum an dem, was sie las, nicht die rechte Freude hatte, ließ er sie am Abend desselben Tages, der ein Sonntag war, in die Matte hinter der ehemaligen Mönchsherberge kommen, setzte sich dort mit ihr unter einen der vielen Felsblöcke und las ihr vor. Das gefiel ihr so ausnehmend, daß sie ihm nicht Ruhe ließ, bis er ihr Geschichte um Geschichte gelesen und die Dunkelheit ihm verwehte, die Buchstaben länger zu erkennen. Da sah sie, die sonst Ungeklümme und wenig Ernsthafte, sinnend vor sich hin und sagte aufatmend: „Du liest schön.“

Und das war wahr: Kains Stimme hatte einen tiefen und vollen Klang, der wie beim Singen so auch beim Lesen zur Geltung kam.

So aber wuchs ihre Freundschaft täglich, und es war auch kaum erstaunlich, da sie auf dem hohen Berge die beiden Jüngsten und einzig Jungen waren.

Als der Sommer dem Herbst wich, wurde der Verkehr auf der Bergstraße stiller, obwohl er nie, auch im tiefen Winter nicht, aufhörte, und Kain und das Mädchen hatten ihre Stunden, in denen sie den andern entbehrlich waren oder sich entbehrlich dünkten. Sie begannen miteinander die Berge zu durchstreifen.

(Fortsetzung folgt.)

die Herr
sit. Deren
situatione
dauernd
stehen. Be-
um die
handelt.
ist nicht
tragen.
wohin
der
erleichtert
arbeit.

bestimm-
politisch
schritte
ern auf
hen, daß
er dürfen
egenüber
des Ver-
ch dem
eine ge-
age sehr
ge Aus-
der Aus-
nach hier
an waren
müssen,
s täuscht,
und den
Frieden,
schießiger
nen Aus-
en. Wir
er anneh-
sch wü-
den das
terreich-
der auf
indig ge-
die, in
sammen-
reichlich-
s soweit,
enen wir
ie sich in
klar ge-
ers, wenn
durch er-
Selbstbe-
nämlich
beharrten
läne, Es
sich. Ein-
mit ner-
wechseln
den, daß
bedingen
er etwa-
offenbare
en konnte.
recht ein
es mit
Alageheit

ist die n-
ational-
auch die
er Selbst-
enden.
bekamen
und gute
emeinsam
nen ihnen
nur auf
te. Sie
laubernd
einmal
sich an-
achte ihr
e eignen
daß sie
an dem,
te, hieß
Sonntag
Mönchs-
r unter
ihre vor-
ihm nicht
Geschichte
hte, die
h sie, die
sinnend
Du liebst

ne hatte
wie beim
ig kam.
lich, und
auf dem
d einzig

, wurde
obwohl
aufhörte,
Stunden,
aren oder
nen mit

g folgt

bestimmung. Wenn sie es aber dazu mißbrauchen, die Wahlrechtsveränderung durch Verkleppungstaktik zu gefährden, so dürfen sie in absehbarer Zeit erwarten, daß solche Lieberbarmen sich spürbar rächen. Das Selbstbestimmungsrecht der preussischen Konstitutionen und aller derer, die sich dazu hergeben, ihnen Gesandtschaft zu leisten, findet eine unübersteigbare Grenze an der Lebensnotwendigkeit des gesamten preussischen Volks, wie sie durch die Wahlrechtsveränderung der Regierung unüberwindlich gekennzeichnet worden sind. Wir möchten hoffen, daß sowohl in Preußen wie in Petersburg das Selbstbestimmungsrecht eine Anwendung findet, die der erforderlichen und unerschöpflichen Entwicklung nicht Hindernisse in den Weg legt. K.

Herford und Minden-Ravensberg.

22. Januar.

So kann es nicht weitergehen!

Von Dr. Schleppe, Schulinspektor in Berlin.

Daß bei Erwachsenen, besonders bei Familienvätern, Gehälter und Löhne entsprechend den hohen Preisen erhöht werden, ist eine Selbstverständlichkeit. Nicht nötig ist es aber, daß man jungen Leuten Gehälter zahlt, die zu ihren Leistungen und ihren Bedürfnissen in gar keinem Verhältnis stehen. In diesem Punkte wird manchmal in geradezu unglaublicher Weise gewirtschaftet, noch dazu, daß der Gehalt, der zu zahlen ist, nicht nur aus dem Gehalt, sondern aus dem Gehalt der Eltern besteht. Ich kenne Fälle, in denen ein junger Mann, der in der ersten Klasse der höheren Lehranstalt steht, ein Gehalt von 1000 Mark erhält, während sein Vater, ein gewöhnlicher Arbeiter, nur 300 Mark verdient. Das ist ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit, und es ist ein Verstoß gegen die Vernunft. Man sollte sich fragen, ob es nicht besser wäre, wenn man die Gehälter der jungen Leute auf ein Maß herabsetzt, das mit ihren Leistungen und ihren Bedürfnissen in einem Verhältnis steht. Das würde nicht nur der Gerechtigkeit, sondern auch der Vernunft entsprechen. Man sollte sich fragen, ob es nicht besser wäre, wenn man die Gehälter der jungen Leute auf ein Maß herabsetzt, das mit ihren Leistungen und ihren Bedürfnissen in einem Verhältnis steht. Das würde nicht nur der Gerechtigkeit, sondern auch der Vernunft entsprechen.

Jahre also 6000 M.

Ein anderer junger Mann (Unterprimaner) im Alter von 18 Jahren erhält in einer ähnlichen Stellung monatlich 400 M., im Jahre also 4800 M. Das sind Gehälter, die weder durch die besonderen Kenntnisse, noch durch das Alter, noch durch die Lebens- und Staatsnotwendigkeit geboten sind. Die jungen Leute haben keine Familie, sondern wohnen bei ihren Eltern. Dadurch sind ihre Ausgaben auch geringe. Ist es angebracht, dieser Tatsachen wirklich notwendig, ihnen Gehälter zu zahlen, welche die Einkommen ihrer Väter noch übersteigen? Ein mittlerer Reichs-, Staats- oder Gemeindevorsteher, der eine zahlreiche Familie zu ernähren hat, muß bis zum 50. Jahre warten, ehe er zu einem bescheidenen Einkommen gelangt; sogar höhere Beamte müssen sich in mittleren Jahren damit begnügen. Und wie viele Beamte mit 30 und mehr Dienstjahren gibt es, die sich tagaus, tagein quälen müssen, die in ihrem ganzen Leben niemals ein bescheidenes Einkommen erreichen, trotz aller Kriegszulagen, die man ihnen vielfach zögernd gewährt.

Das Vorgehen der Behörden in der Zahlung derartiger Summen hat natürlich die Privatinindustrie zu ähnlichen Maßnahmen gezwungen, um genügend Arbeitskräfte zu finden. Soweit sie an Kriegszulagen beteiligt war, konnte sie das vielfach. Aber die Zweige, welche die herrschende „Konjunktur“ nicht ausnutzen konnten, waren über den Rand. Sie verloren ihre Arbeitskräfte und wurden immer weniger leistungsfähig. Die Behörden aber, die sich infolge des Beamtenmangels mit Ausnahmestellen begnügen mußten, sahen immer mehr junge Leute den staatlichen und privaten Munitionsindustrien zuströmen, wo sie höher entlohnt werden. Denn auch die Jugendlichen von 16-18 Jahren erhalten dort Löhne, die manchen Beamten zwischen 40 und 50 Jahren blähen. In Charlottenburg hat die Jugendfürsorge eine Konjunkturstelle besetzen lassen, aufgestellt, die beauftragt hatten, ihnen mehr von ihrem Lohn auszugeben, als ihnen nach dem „Sparzwang“ zugehört. Von diesen „Konjunkturstellen“ es waren am 1. April 1916 bis 1. April 1917 im ganzen 4716 - bedienten rund 75 Prozent 40 M., in der Woche, 24 Prozent 40-70 M., und über 1 Prozent 90 M. in der Woche. Im Herbst erhöhte sich der Verdienst noch bedeutend. Im vierten Vierteljahr verdienten 65 Prozent 40 M., 31 Prozent 40-70 M., 2,8 Prozent bis 100 M. und 0,2 Prozent bis 120 M. wöchentlich! Diese Zahlen entsprechen einem Jahreseinkommen von etwa 1200 M. bis 6000 M. Sind das nicht

Himmelsstreichende Zustände.

die dringend einer Veränderung bedürfen, wenn nicht Schäden schimmiger Art verursacht werden sollen? Wenn in ergrauten Haaren, die jahrelang ihre Pflichten erfüllt haben, stehen in ihren Bezügen hinter Jugendlichen von 14-18 Jahren zurück. Ein Hinabgleiten der Beamten in und unter das Proletariat liegt nicht im Staatsinteresse. Das geschieht aber oder ist vielmehr bereits geschehen! Man beachte in diesem Zusammenhang noch die Tatsache, daß bei den Sparzinsen der Berliner Sparvereine im Laufe des Krieges annähernd 5 Millionen Mark Sparguthaben abgeschoben worden sind. Es zeigt sich hier also die entgegengesetzte Erscheinung wie bei den öffentlichen Sparzinsen. Die geschilderten Verhältnisse sind nicht übertrieben. Sie weisen einen schweren Krebsgeschwür der heutigen Zeit auf. Soll Besserung eintreten, so muß zunächst einmal dafür gesorgt werden, daß durch das Reich, die Kriegsgesellschaften u. a. nicht Gefährte gezahlt werden, die durchaus unangebracht sind. Auch das Wirtschaften mit dem Geld in der Kriegszeit muß seine Grenzen haben!

n. Kirchliche Feier am Geburtstag des Kaisers. Der 27. Januar - diesmal ein Sonntag - wird auch in diesem Jahre große kirchliche Feiern des Geburtstages unseres Kaisers bringen. In sämtlichen evangelischen Kirchen der Stadt sollen vormittags 10 Uhr Festgottesdienste stattfinden. Hierzu sind wieder die Behörden, die Militärvereine und, besonders eingeladen worden. Dieselben werden auch zahlreich teilnehmen, letztere mit Fahnenabordnungen. So ist eine dem Ernst der Zeit entsprechende, schlichte, aber kraftvolle Feier des vierten Kaisergeburtstages im Weltkrieg zu erwarten.

Keine Badereisen im Sommer? Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ hört, haben bereits Erwägungen bei maßgebenden Stellen stattgefunden, die dahin zielen, daß im Interesse der Bekämpfung des Schleichhandels der Besuch der Badeorte im kommenden Sommer verboten wird.

Erhöhung der Tarife des Bahnverkehrs. Der vom Eisenbahnminister angekündigte Gelehnentwurf über die Tarifierhöhung besagt, daß vom 1. April an ein Kriegszuschlag von 15 vom Hundert zu den Frachtpreisen des Güter- und Tierverkehrs erhoben wird, der mit Ablauf des zweiten Wirtschaftsjahres nach Abschluß des Friedens mit der letzten mit Deutschland im Kriege stehenden europäischen Großmacht wieder außer Kraft tritt. Zu diesem Frachtpreiszuschlag tritt noch die am 1. August 1917 eingeführte Verkehrssteuer, so daß die Erhöhung der Frachtpreise im ganzen 33,05 vom Hundert ausmacht. Diese Verteuerung entspricht etwa der Erhöhung der Personentarife, die am 1. April den Reiseverkehr um rund ein Viertel gegen die normalen Sätze verteuert.

Steuern nach dem Kriege? In parlamentarischen Kreisen hat man laut „Tägl. Rundschau“ eine Berechnung aufgestellt, wie hoch sich nach dem Kriege die steuerliche Belastung des einzelnen Staatsbürgers stellen wird. Dabei ist man zu dem Ergebnis gekommen, daß die unmittelbaren Abgaben zusammen 45 v. H. des Einkommens beanspruchen würden. Wie man zu dieser Berechnung gekommen ist, bemerkt die „Tägl. Rundschau“ dazu, wissen wir nicht, klar ist aber, daß diese Belastung unerträglich sein würde.

Tischgezeugverbot. In den Mitteilungen der Reichsbefehlungsstelle heißt es: Wie aus täglich eintausenden Mitteilungen hervorgeht, hat das am 1. Oktober 1917 in Kraft getretene Tischgezeugverbot noch immer nicht die Beachtung gefunden, die es im dringenden volks- und kriegswirtschaftlichen Interesse erfordert. Immer wieder ist die Desertion von der Reichsbefehlungsstelle darüber aufgedeckt worden, daß die eintausende Gasthauswirtschafter zur Deckung des Bedarfs der ärmeren Bevölkerung an Kinder- und Säuglingswäsche und dergl. benötigt wird, daß die Wäsche aber durch den täglichen Gebrauch in den Betrieben und die dadurch gebotene Reinigung mittels ätzender Stoffe abgemittelt und entwertet wird. Die Entschuldigung einer irrtümlichen Auslegung der einschlägigen Bestimmungen kann nach den überaus zahlreichen aufklärenden Veröffentlichungen der Reichsbefehlungsstelle nicht mehr anerkannt werden. Wiederholt sind auch die zuständigen Behörden ersucht worden, die Durchführung des Tischgezeugverbots strengstens zu überwachen. Die Reichsbefehlungsstelle hat nunmehr die Kommunalverbände aufgefordert, ihr bis 1. Februar d. Js. alle Gasthausbetriebe zu benennen, die das Tischgezeugverbot nicht beachten. Die Wäschebestände dieser Betriebe werden sofort enteignet werden. Den Kommunalverbänden wird dabei Gelegenheit gegeben werden, die enteigneten Bestände im Falle besonders dringenden Bedarfs der ärmeren Bevölkerung zu deren Gunsten zu erwerben.

Kriegswucherbekämpfung in Westfalen. In den Tagen vom 24. bis 26. Januar wird auf Veranlassung der Preisprüfungsstelle für die Provinz Westfalen im Saale des Gewerbevereins zu Dort-

mund ein Unterweisungskursus für die neu in den Dienst der Kriegswucherbekämpfung eintretenden Personen abgehalten werden. Vorträge werden außer Beauftragten des Stützpunktretenden Generalkommandos zu Münster und anerkannten Leitern von Preisprüfungsstellen die Herren Staatsanwalt Dr. Falk, Regierungs-Magister Dr. Conrad, Kriminalkommissar Hermann vom Kriegswucheramt in Berlin und Professor Dr. Hirsch vom Kriegswucheramt zu Berlin halten.

Teurer französischer Tabak. Die französische Kammer nahm Donnerstag die Vorlage an, welche den Preis für 1 Kg. Tabak auf 20 Franken erhöht.

Auszeichnungen. Im Jahre 1917 wurden von der Kaiserin an 8 Gelehrten in Westfalen nach 40jähriger Tätigkeit in ihrem Berufe goldene Brodchen verliehen; 15 weibliche Dienstboten erhielten für 30jährige Dienstzeit bei derselben Familie bronzene Denkmünzen, 10 für 40jährige Dienstzeit das goldene Dienstbotenkreuz nebst einem Diplom.

Kieselt und Conrad Werner veranstalten hier am Montag, den 11. Februar d. Js., einen überall mit beispiellosem Erfolg aufgenommenen Biedermeier-Abend (aus der guten, alten Zeit) mit vollständig neuem Programm.

Polizei-Nachrichten. In der Zeit vom 14. bis 20. d. Mts. wurden 5 Personen, davon wegen Diebstahls 1, wegen Obdachlosigkeit 2 und wegen unerlaubten Handels mit Lebensmitteln 2 ins Polizeigefängnis eingeliefert.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Altenbeken, 21. Jan. In einem Zeitraum von 12 Tagen sind am hiesigen Bahnhof 30 Zentner Räucherwaren, 5 Zentner Mehl, 1 Zentner Roggen, 5 Zentner Schweinefleisch, 7 geräucherter Schinken, 150 Pfund Wurst 580 Pfund Wöhen, viele Brote und Eier beschlagnahmt worden.

Güterlosh, 21. Jan. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung gab Stadtrat Marten folgende Erklärung ab: Im April vergangenen Jahres, an einem der letzten Tage der Zeichnungsfrist für die sechste Kriegsanleihe, hat eine Revision der Sparkasse durch den Regierungsrat Dr. Brenske aus Minden stattgefunden. Ende Juli stellte sich heraus, daß ein Zinscheinbogen über eine Reichsschuldangewiesung von 20 000 M. fehlte. Vor einigen Wochen wurde der Regierungsrat Dr. Brenske in Braunschweig bei einem Juwelierebstahl verhaftet. Bei dieser Gelegenheit gab er an, der Sparkasse in Gütersloh einen Zinscheinbogen entwendet zu haben. Diesen Bogen hat die Sparkasse zurückgehalten. Fünf Zinscheinstücke (2250 Mark) waren bereits abgeschnitten und ausgegeben. Dieser Verlust ist aber der Sparkasse aus dem Vermögen des Regierungsrats Dr. Brenske ersetzt worden, so daß die Sparkasse vollständig gedeckt ist.

Düsseldorf, 21. Jan. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Kaufmannvereine in Hamburg hatte während der Kriegszeit im hiesigen Saal Geschäftsstellen eingerichtet, in den als Angestellte Direktor Hermann Georg, der Buchhalter Wilhelm Rabsch, der Vertrauensmann Kurt Nothmann und der Chemiker Gustav König tätig waren. Auf Grund einer Anzeige und anschließender Revision sind sie verhaftet worden. Es kommen Untersuchungen von über 1 Million M bei Veranlassung von Seife für die Seifenherstellung und Vertriebsgesellschaft in Berlin in Frage. Außer den Verhafteten sind noch weitere Personen in die Angelegenheit verwickelt.

Wob. Berlin, 21. Jan. Seine Majestät der Kaiser hat an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Freiherrn von Rheinbaben-Koblenz, folgendes Telegramm gerichtet: „Das schwere Unglück, das das Hochwasser der Rahr über zahlreiche Familien in Kreuznach, Kirn und andere Gemeinden gebracht hat, erfüllt mich mit Wonne und herzlichster Anteilnahme. Ich habe veranlaßt, daß ihnen zur Linderung der ersten Not 50 000 M schleunigst überwiesen werden.“

Abhandlung eines deutschen Fliegeroffiziers durch die Franzosen. Es ist bekannt, daß die Franzosen an den deutschen

Fliegern ihre Wut in zügelloser Weise auslassen. Der Bericht des deutschen Fliegeroffiziers L., der am 30. Januar 1916 in der Nähe von Verdun durch Abwurf in französische Kriegsgefangenschaft geriet, erzählte darüber einen neuen Beweis:

„Da ich infolge meiner schweren Verwundung nicht allein gehen konnte, führten mich zwei Genossen, führten mich zum Gefangenenlager, dachten aber nicht daran, mich gegen die tobende Bevölkerung zu schützen. In St. Menchould wurde ich von den französischen Offizieren in einer Art und Weise empfangen, wie ich es nicht für möglich gehalten hätte. Ein Major spie mich an, ein Hauptmann gab mir einen Fußtritt in die Seite, und die sämtlichen umstehenden französischen Offiziere begrüßten mich mit den Worten: „Lump, Mörder, Dummer Junge, Schwein!“ Zudem nahmen sie mir meine gesamten Wertgegenstände, die silberne Zigarettenbox, silberne Zigarettenspitze usw. ab. Ich betone, daß es nur Offiziere waren, die mich bestaßten. Als ich diese Tatsache später einem französischen General meldete, wurde ich zur Strafe in das Gefängnis gesperrt. Als ich nach dem Verhör zum Auto gebracht wurde, ging ein Mitstreiter voraus und schaltete die Bevölkerung mit den Worten an: „Da kommt er, der Mörder, der Kurier, der das Schwein!“ Die Wirkung elektrifizierend auf die Menge, die daraufhin ein Bombardement mit Steinen auf mich eröffnete und mit Knüppeln auf mich loszog. Wegen meiner Verwundung über die heftigen französischen Offiziere kam ich, wie schon erwähnt, in das Gefängnis. Ich verbrachte meine Strafe in St. Dizier, wo ich mit 5 deutschen Soldaten zusammen in eine Zelle gesperrt wurde. Wir lagen auf einer blanken Bretzle, das oben bestand aus verschimmeltem Brot, das uns in heißen Wasser gereicht wurde. Im Mai wurde ich in das Offiziersgefangenenlager von Carcassonne transportiert; aber trotz meines schwerwiegenden Zustandes brachte man mich nicht in das Hospital und gab mir auch entgegen der Vorschrift der Ärzte keine Krankenpflege. Am 26. August 1916 bestimmte mich die Schweizer Rote-Kreuz-Kommission nach gründlicher Untersuchung für den Austausch. Die übrigen zum Austausch bestimmten verließen Frankreich im November. Mich allein behielt man zurück. Erst am 14. April 1917 konnte ich nach der Schweiz abreisen, nachdem man mich während der letzten Zeit meines Aufenthalts in Frankreich in Lyon der ärztlichen Obhut eines ganz jungen Studenten der Medizin anvertraut hatte.“

Die gefährliche Eleganz.

Die Teuerung in Moskau wird immer größer. Eine Droschke vom Bahnhof bis nach dem Hotel kostet 15 bis 20 Rubel, und eine Fahrt vom Bahnhof berechnet man mit 20 Rubel. Ein paar Schuhe kosten 280-320 Rubel, und ein Anzug 600 bis 700 Rubel. Trotz der enormen Preise herrscht in den Millionärkreisen eine Verschwendungssucht, die sich nur geheim ausleben kann, da man auf den Straßen unter der Fahne der Revolution den Schein der Einfachheit wahren muß. Es haben sich deshalb zahlreiche geheime Vereine, Klubs und Restaurants gebildet, die an die früheren guten Zeiten erinnern. Auf den Straßen herrscht aber die Menge. Deshalb sind die früher so eleganten Damen für die Straße am eizustellen geübt und tragen fast alle Hücher auf den Köpfen anstatt der Hüte. Denn das Erscheinen eleganter Hutes kann zu dem unangenehmen Auftritt führen und für den Hut ein Ende im Straßenkampf bedeuten. Das russische Nationalkostüm (Rubasch) erfreut sich jetzt der größten Popularität, weil man sich dadurch wenigstens äußerlich zum treuen Sohn der Revolution bekennen kann. Aus demselben Grunde tragen die Herren statt der Hüte Mützen.

Die Vaterlandsparlei - eine politische Partei.

Am 15. Januar sprach in Marburg Pfarrer Traub in einer öffentlichen Versammlung der deutschen Vaterlandsparlei und entwickelte sein Programm nach einigen anfänglichen Störungen. Das Militär fehlte in der Versammlung fast vollkommen. Es wurde im Saal durch die Polizei gürdagehalten, da gemäß Befehl des Generalkommandos in Kassel das Kriegsministerium die deutsche Vaterlandsparlei als politische Partei bezeichnet und Offizieren und Mannschaften den Besuch verboten hat.

Rippische Fürstentümer.

Bad Säckingen, 21. Jan. Die Mittwochskonzerte der hiesigen Bataillonkapelle fallen bis auf weiteres aus. Für nächsten Sonntag ist ein Festkonzert zur Feier des Geburtstages unseres Kaisers vorgesehen.

Elektrische Straßenbahn Detmold-Horn.

Das Projekt beginnt sich der Verwirklichung zu nähern. Die Regierung gibt heute im „Staatsanzeiger“ bekannt: Anlässlich des Baues einer elektrischen Straßenbahn von Horn nach Detmold soll die Bundesstraße Detmold-Horn von Kilom. 1,3 bis 1,9 bei Johannental verlegt und unter Führung unter der Staatsbahn durchgeföhrt werden. Der Entwurf bestehend in: 1. Lageplan, 2. Bauverzeichniss und Nachweisung liegen bei künftigen Verwaltungsämtern hier zur Einsicht aus. Einwendungen dagegen sind bis zum 10. Februar d. Js. schriftlich oder zu mündlich bei demselben Verwaltungsamt Detmold anzumelden, worauf Termin zur landespolizeilichen Prüfung der Einsprüche von uns angelegt werden wird.

Verantwortlich für den Text- und Anzeigenentwurf: Dr. Kufis, Herford.

Das konzentrierte Licht

Osrarn-Azo

Geleucht bis 2000 Watt

Achtung! Sie können auf die Innervorteile „Osrarn“! - Überall erhältlich. - Auergeellschaft, Berlin O 17.

Herford, den 21. Januar 1918.

Unser lieber, treuherziger Vater, unser guter Bruder,
Schwager und Onkel, Rentner

Emil Stender

wurde uns am Sonntag morgen 3 Uhr, durch den Tod genommen.

In tiefer Trauer
im Namen der Hinterbliebenen:
Thekla Stender.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. d. Mts.,
nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des städt. Friedhofes aus,
statt.

Beileidsbesuche dankend verbeten.

für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim
Heimgange unserer lieben, guten Mutter sprechen wir unsern

herzlichsten Dank

aus.

Herford, den 22. Januar 1918.

Geschwister Cappel.

Bekanntmachung.

Die „Bulletins du Bureau d'information de
Lituanie“ in Lausanne erscheinen jetzt mit dem
Kopfdruck „Litauisches Preis-Büro“ Rue Caroline,
Lausanne, Telephon 46—49.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Be-
lagerungsstand vom 4. Juni 1851 verbiete ich
hiermit die Einfuhr und den Vertrieb der Mittei-
lungen auch unter diesem Titel.

Etwas im Verkehr erscheinenden Stücke sind
zu beschlagnahmen und in polizeiliche Verwahrung
zu nehmen.

Das mit Verfügung vom 2. August 1916 1 b
Nr. 32 325 überfandene Verzeichnis ist handschrift-
lich zu berichtigen.

Münster, den 30. Dezember 1917.

Der kommandierende General
Fehr. v. Gahl,
General der Infanterie.

VII. Armekorps.

Stellv. Generalkommando. Münster, den 13. Jan. 1918.
Abt. Abw. V Nr. 5601.

Verordnung.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Be-
lagerungsstand vom 4. Juni 1851 verbiete ich
die Ausfuhr der nicht durch Druck vervielfältigten
technischen Zeichnungen (Konstruktionszeichnungen,
Entwurfszeichnungen, Schaltungsdiagramme, Rohr-
pläne, Werkstattzeichnungen, Wappenstein usw.)
von einem innerhalb des Korpsbezirks gelegenen Ver-
sandort ohne vorher eingeholte Genehmigung des
Generalkommandos.

Diese Zeichnungen sind dem Generalkommando
zur Prüfung auf Ausfuhrfähigkeit vorzulegen.

Zwischenhandlungen gegen diese Verordnung
werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim
Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder
Geldstrafe bis zu 1500 M bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Ver-
kündung in Kraft.

Der kommandierende General
Fehr. v. Gahl.

Packpapier

ist wieder in allen Stücken eingetroffen.
Herforder Zeitung für Stadt u. Land.

Verein ehem. 15 Her- ford.

Unser Kamerad
Emil Stender
ist gestorben.
Antreten zur Beerdigung
am Do. morgen, den 24.
Januar, nachm. 2 1/2 Uhr
im Bürgerverein.
Um zahlreiches Erschei-
nen wird gebeten.
Der Vorstand.

Freiwillige
Feuerwehr.
Freitag, d. 25.
Jan., abends
8 Uhr
Übung.
Antreten für alle Jüge vorm
Sportplatz.
Der Hauptmann.

Verloren!

Von Gastwirt Ehrler, Elber-
dissen, bis zu meiner Wohnung
langer Hobel
verloren. Gegen Belohnung
abzugeben.
Tischlermeister Meier,
Elberdissen.

Ich ließ am 18. ds. Mts.
im Abendzuge 11,25 ab Herford
nach Bünde eine

Brieftasche

liegen. Ehrlicher Finder wird
gebeten, dieselbe in Schweigeln
abzugeben.
H. Wittler,
Schweigeler Modelfabrik.

Suche für die Morgenstunden
ein Mädchen
Hilfsstraße 23.

VII. Armekorps.

Stellv. Generalkommando. Münster, den 8. Jan. 1918.
Abt. Ib Nr. 65532.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Be-
lagerungsstand vom 4. Juni 1851 verbiete ich
für den Bereich des 7. Armekorps Arbeiter für
Bauarbeiten im besetzten Gebiet, im Operations-
und Stappengebiet anzuwerben oder im Korps-
bezirk beschäftigte Arbeiter an Arbeitsstellen in den
genannten Gebieten zu überführen. In Ausnahmefäl-
len kann die Genehmigung von der Kriegssamt-
stelle Münster unter Ausstellung einer besonderen
Bescheinigung erteilt werden.

Zwischenhandlungen gegen diese Bekannt-
machung werden mit Gefängnis bis zu einem
Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft
oder Geldstrafe bis zu 1500 M bestraft.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der
Verkündung in Kraft.

Der kommandierende General
Fehr. v. Gahl,
General der Infanterie.

Städtischer Eierverkauf.

In der Turnhalle am Wilhelmplatz werden
Eier, das Stück zu 40 Pfg., verkauft:
Am Mittwoch, den 23. Januar 1918, an die
Inhaber der Lebensmittelfkarten Nr. 5792—6359
von 9—10 Uhr vormittags, Nr. 6360—6968 von
10—11 Uhr auf die Eiermarkte 8.

Es wird auf die Person 1 Ei abgegeben. Beim
Kaufe ist die Lebensmittelfkarte vorzulegen. Es
wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das
Geld abgebählt und die erforderlichen Eiermarkten
in entsprechender Anzahl losgetrennt bereitzuhalten
sind. Wer diesen zur schnellen Abfertigung der
Käufer notwendigen Anordnungen nicht nachkommt,
muß unmissverständlich zurückgewiesen werden.

Herford, den 22. Januar 1918.

Der Magistrat.

Milchpreise.

Auf Grund des § 22 der Verordnung zur Regu-
lierung der Milchversorgung im Stadtkreise Herford
vom 20. Dezember 1917 werden für den Verkehr
mit Milch folgende Höchstpreise festgesetzt, die am
15. Januar in Kraft treten:

1. Erzeugerpreis 30 Pfg. je Liter.
2. Uebernahmepreis bei Ablieferung an die Markt-
Sammelanstalt 36 Pfg. je Liter.
3. Abgabepreis an Händler aus den Sammelan-
stalten 37 Pfg. je Liter.
4. Kleinhandelspreis 40 Pfg. je Liter.

A. Vollmilch.
1. Erzeugerpreis 22 Pfg. je Liter.
2. Kleinhandelspreis 30 Pfg. je Liter.
Herford, den 8. Januar 1918. Der Magistrat.

Ausführungsbestimmung

zu der Verordnung über Auskunftserteilung
vom 1. November 1917 Abt. Abwehr I. Nr. 326.
Zu § 1:

a) militärische Einziehungen.

Die Verantwortung der Frage, ob der Geschäfts-
inhaber zum Seeresdienst eingezogen ist und das
Unternehmen durch einen Stellvertreter weiterge-
führt wird, ist statthaft.

Verboden sind dagegen alle Angaben über die
Einziehung von Angestellten.

b) Erfah. eingezogener Arbeitskräfte in kauf- männischen und industriellen Betrieben.

Die allgemeine Angabe der Zahl der beschäftig-
ten Arbeiter ist zulässig. Verboden sind Zahlen-
angaben nach Geschlecht, Alter und Staatsange-
hörigkeit der Arbeiter, sowie die Mitteilung, daß
Gefangene beschäftigt werden.

c) Aufträge der Seeres- und Marineverwaltung.

Die Frage, ob der zu Beurteilende für die
Seeresverwaltung arbeitet, darf beantwortet wer-
den. Weitere erläuternde Mitteilungen über den
Umfang und die Art der Seeresaufträge und über
sonstige Einzelheiten sind unstatthaft.

d) Tatsachen, von denen der Auskunftserteilende
weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß
sie als Anhaltspunkte für Anschläge auf Anlagen
und Betriebe dienen können, die für die Landes-
verteidigung oder Kriegswirtschaft von Bedeutung
sind.

Soweit der Auskunftserteilende im Zweifel ist,
ob er die betr. Tatsachen weitergeben darf oder
nicht, sind sie dem stellvertretenden Generalkom-
mando, Abteilung Abwehr I vorzulegen. Die da-
rüber weiter zu befinden hat.

Verboden sind bei solchen Anlagen und Be-
trieben auf jeden Fall Angaben über
Umfang und Art der maschinellen Anlagen,
Umfang und Art der Erzeugnisse und Waren,
Wert und Zahl der Warenvorräte.

Einzelheiten über die geographische Lage der
Werke und Art und Herkunft der Rohstoffe.
Zu § 2.

Auskünfte über Beziehungen einer deutschen Firma
zum Auslande usw.

Angaben über besondere Beziehungen zwischen
deutschen Firmen und dem Auslande, wie sie seit
Beginn des Krieges oder etwa erst jetzt sich heraus-
gebildet haben, dürfen nicht gemacht werden.

Dagegen fallen Mitteilungen über offensichtliche
Tatsachen, z. B. das Bestehen von Zweignieder-
lassungen einer deutschen Firma im Auslande, nicht
unter das Verbot, da derartige Angaben auch im
öffentlichen, jedermann zugänglichen deutschen Han-
delsregister eingetragen sind.

Münster den 11. Januar 1918.

Der kommandierende General

Fehr. v. Gahl,

General der Infanterie.

Handelsregister des Königl. Amtsgerichts zu Herford.

In das Handelsregister Abt. A ist bei der
Firma Landwermann & Glacke in Herford
(Nr. 10 des Registers) am 21. Januar 1918
eingetragen worden, daß der Fabrikant Jacob
Dräcker aus der Gesellschaft ausgeschieden und die
Gesellschaft aufgelöst ist. Die Firma ist in
„Heinrich Sewening“ geändert.

Sodann ist gleichzeitig in das Handelsregister
Abt. A unter Nr. 572 die Firma „Heinrich
Sewening“ in Herford und als deren Inhaber
der Fabrikant Heinrich Sewening zu Herford
eingetragen. Der Ehefrau Fabrikant Heinrich
Sewening, Luise geb. Landwermann, ist Procura
erteilt.

Verein Gemüse- und Obstmarkt nur Arndtstraße 6.

Wir haben einen Posten

Futtersteckrüben

den Ctr. mit 4 M. abgegeben.

Abfallmilch

pro Ctr. zu 5 Pfg. ist vorrätig.

Heute:

frischer Rosenkohl, gelbe Speisesteckrüben.

Brinkmann's Theatersaal

Freitag, den 25. Januar, Beginn 7 Uhr:

Großer Sacherfolg! — — — — —

„Die schwebende Jungfrau.“

Schwan in 3 Akten von Arnold und Bach.

Veranstalt: Kortkamp, Alter Markt.

Lichtspielhaus „Wittkind“.

Höckerstraße 5. Fernsprecher 690.

Von Dienstag bis Freitag!

Die bedeutendste Filmkünstlerin:

MARIA CARMÍ in:

Der Fluch der Sonne!

Tragödie von Robert Reinert in 4 Akten.

In den Hauptrollen:

MARIA CARMÍ u. EINAKERUUS.

Der Lausbub

Filmschwank in 3 Akten.

In der Doppelrolle des Gockwisterpaars:

PETER und MELITTA DANNENBERG;

MELITTA PETRI

[Gymnasial-Professor DR. ISEMANN;

LEO PEUKERT.

Hierzu der militärisch-amtliche Film:

Der Kaiser bei unsern

türkischen Verbündeten.

Ab Donnerstag, den 26. Januar:

Ein neuer Filmstern:

SYBIL SMOLOWA u.

ANNA MÜLLER-LINKE.

In Kürze:

MIA MAI — **VIGGO LARSEN**

ERIKA GLASNER — **BERND ALDOR**

Austräger

für die Straße

Salzpfleustraße

gesucht.

Herforder Zeitung für Stadt und Land.

Landwirtschaftlicher Kreisverein Herford.

Generalversammlung

am 28. Januar 1918, nachmittags 2 1/2 Uhr,
Hörnerschen Saale zuenger.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen aus der vorigen Versammlung
am 16. November 1917.
2. Vortrag des Herrn Oekonomierats Dr. Sch-
aus Münster i. W. über: „Frühjahrsbestellung
und Düngung 1918“.
3. Mitteilungen über Flachsban 1918: Prof.
Dr. Kohnmann-Herford.
4. Siedlungs-Gesellschaft „Rote Erde“.
5. Abnahme der Vereinsrechnung für 1916/17.
6. Feststellung des Voranschlags für 1918/19.
7. Sonstiges.

Herford, den 19. Januar 1918.

Der Vorsitzende: v. Dorries.

Wilsdientmeldestelle Arbeitsamt.

Waisenhausstr. 1.

Es werden gesucht:

Haus- u. Küchenmädchen
zum 1. April, 1 Mäd-
chen nach Münster, 2
Zuchneider.

Tüchtige

Arbeiter

sucht

Gottlieb Meyer

Freibisch.

Suche für den Bahnbau Abt. 4
eine Anzahl tüchtige

Arbeiter.

Für Kraft und Logis ist bestens
georgt. Firma Becker,
Elberdissen 130.

Arbeits-

Arbeiter

für den Freileitungsbau mög-
lichst Radfahrer mit Fahrrad
für dauernde Beschäftigung so-
fort gesucht. Meldungen mit
Ausweispassieren bei dem
Elektrizitätswerk
Minden-Ravensberg,
O. m. b. H., Poststr. 18.

Lehrling

für Kontor u. Lager zu Osnabrück
gesucht.

Zu erfragen unter Nr. 8065
in der Geschäftsstelle d. Hg.

Drucksachen

aller Art liefert schnell und
preiswert

Pennstr. 83. Buchdruckerei Fr. Kühle Rennstr. 20/21

Sohn achtbarer Eltern

geseht.

Gottl. Nolting,
Johannisstraße Nr. 1.

Suche zum 1. April eine

Junge

von 14—16 Jahren zum Be-
austragen. S. Bräuhofene
Elberdissen 116

Wegen Erkrankung

jetztigen

elf-brennes Mädchen

nicht unter 18 Jahren für kleine
Geschäftsabnahme zu sofort
zum 1. Februar gesucht.

Wohnort in der Gegend
bisher Zeitung unter Nr. 308

Wegen Erkrankung

jetztigen

Wegen Erkrankung

jetztigen

Wegen Erkrankung

jetztigen

Wegen Erkrankung

jetztigen

Wegen Erkrankung

jetztigen

Wegen Erkrankung

jetztigen

Wegen Erkrankung

jetztigen

Wegen Erkrankung

jetztigen

Wegen Erkrankung

jetztigen

Wegen Erkrankung

jetztigen

Wegen Erkrankung

jetztigen

Wegen Erkrankung

jetztigen

Wegen Erkrankung

jetztigen